

AUFRUF: MINDEN SOLL SICHERER HAFEN WERDEN!



Ausgefüllte Unterschriftenlisten können bei folgenden Stellen abgegeben werden:

Hope

Stiftsallee 4, 32423 Minden
Ev. Kirchenkreis
Rosentalstr. 6, 32423 Minden
Welthaus Minden
Brüderstr. 3, 32423 Minden



Unsere zivilgesellschaftliche Initiative ist offen für weitere Unterstützer*innen, die einen beabsichtigten Antrag an die Stadt mittragen.

Als Bürger*innen der Stadt Minden bekennen wir uns zu unserer Verantwortung, Menschen zu helfen und Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen. Mit der Unterstützung zahlreicher freiwilliger Helfer*innen, zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen haben wir in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe in unserer Stadt gewährt und wollen dies auch in Zukunft tun.

Mit Trauer und Entsetzen sehen wir, dass im Mittelmeer nahezu täglich Flüchtende in Seenot geraten und ihr Leben verlieren, weil es keine wirksame gemeinsame europäische Seenotrettung gibt und zivile Seenotrettungsinitiativen aktiv daran gehindert werden, im Einklang mit dem internationalen Seerecht Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Vor diesem Hintergrund bekennen wir uns zu unserer andauernden Verantwortung und wünschen uns ein klares Zeichen der Menschlichkeit, Offenheit und des Engagements unserer Stadt. In einem weiteren Schritt werden wir an die Stadt Minden herantreten, damit diese sich zu einem „sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete erklärt.

Wir fordern außerdem die Bundesregierung, die Landesregierung NRW sowie die zuständigen Behörden auf, bis zur Vereinbarung einer humanitären EU-weiten Aufnahmeplanung für aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzliche Aufnahmeplätze in Deutschland anzubieten. Städten und Gemeinden, die sich dazu freiwillig bereiterklären, soll es umgehend ermöglicht werden, diese Menschen direkt aufzunehmen. Alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung sind von Bund und Land NRW den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Wir fordern die Schaffung eines EU-Förderprogramms zur besonderen Unterstützung von Kommunen, die sich um die Aufnahme Geflüchteter aktiv bewerben.

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, bekennen wir uns gemeinsam zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie zum Schutz der Menschenwürde.

Die Bundesrepublik Deutschland und die gesamte europäische Staatengemeinschaft sind deshalb aufgefordert:

- ihrer humanitären Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht zu werden und nicht länger durch Unterlassung oder gar aktive Behinderung den Tod unschuldiger Menschen in Kauf zu nehmen;
- schutzsuchende Menschen nicht in Situationen zu bringen oder in Länder zurück zu schicken, in denen die Achtung grundlegender Menschenrechte nicht gewährleistet ist;
- anstelle von Abschottung wirksam die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, um in den Herkunftsländern durch eine aktive Friedens-, Klima-, Faire Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu verbessern.

VisdP: Seebrücke Minden, c/o Flüchtlingsberatung des Evangelischen Kirchenkreises Minden, Haus der Kirche, Rosentalstraße 6, 32423 Minden

